

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Rieser.
Formel Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weißen, sowie des Gemeinderates Gröb.

Postkonton: Dresden 1339
Verlagsnummer: Rieser Nr. 52.

Nr. 267.

Donnerstag, 16. November 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 250.— Mark ohne Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wichtige Anzeigen sind beizugeben. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieser oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Wohnungsbaubauabgabe-Gebührlisten u. Grundsteuer-Erklärungen. Stadt Rieser.

Der Inhalt der in der gestrigen Nummer dieses Blattes von der Amtshauptmannschaft Großenhain in getrennten Veröffentlichungen bekanntgegebenen Bestimmungen über die abzugebenden Wohnungsbaubauabgabe-Gebührlisten und Grundsteuer-Erklärungen trifft auch für diese Stadt zu. Wir bitten, sich aus diesem entsprechend zu unterrichten.

Die Vordrucke zu beiden Einreichungen werden den Hauseigentümern in den nächsten Tagen gleichzeitig zufließen. Sie sind auf das Genaueste auszufüllen und die Wohnungsbaubauabgabe-Gebührlisten bis 9. Dezember und die Grundsteuer-Erklärungen bis 23. Dezember 1922 vom Grundbesitzer-Eigentümer bzw. von einer Person, welche nötige Auskunft geben kann, an unser Stadtverwaltungsamt — Rathaus, Erdbecken — wieder einzureichen. Auf die festgelegten Straßen bei Ruwiderbandlungen machen wir noch besonders aufmerksam.

Der Rat der Stadt Rieser, am 16. November 1922.

Vertikales und Sächsisches.

Rieser, den 16. November 1922.

Der Bezirksausschuß Großenhain lehnt die Milchpreiserhöhung ab. Der heute im Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft Großenhain tagende Bezirksausschuß hat sich in längerer Aussprache mit dem vom Milchwirtschaftlichen Landesverband geforderten Milchpreis-Erhöhung befaßt. Auf Vorschlag des Amtshauptmanns Kühn wurde einstimmig beschlossen, der geforderten Preis-Erhöhung für die Amtshauptmannschaft nicht beizutreten, da sie als unannehmbar zu bezeichnen ist, und diese Stellungnahme in der Tagespresse mitzuteilen. Der Beitrag der Preisprüfungsstelle soll strenge Anweisung erhalten, dort, wo er Wahrnehmungen über wucherisches Verhalten im Handelswesen, insbesondere im Handel mit landwirtschaftlichen Produkten beobachtet, der Amtshauptmannschaft umgehend unter Befügung von Unterlagen Anzeige zu erstatten. Nachdem die Milchproduzenten im Bezirk der Amtshauptmannschaft bis zur Stunde an diese wegen einer Milchpreiserhöhung nicht herangetreten sind, ist der bisherige Milchpreis im Bezirk der Amtshauptmannschaft als noch bestehend zu betrachten. Im übrigen sollen die angelegten Maßnahmen der Landesregierung abgewartet werden.

Die Milchpreise werden künftig allwöchentlich festgesetzt. Der Milchwirtschaftliche Landesverband Sachsen schreibt und: Die Milchpreise sind bisher vom Milchwirtschaftlichen Landesverband Sachsen außer allmonatlich, später halbmonatlich unter Berücksichtigung der Bewertungsmöglichkeit der Milch bei deren Verarbeitung bzw. unter Zugrundelegung der Butterpreise, die in den vier, später in den zwei der Milchpreisregelung vorausgegangenen Wochen in Berlin amtlich notiert wurden, errechnet und festgesetzt worden. Infolge der in den letzten Monaten sehr viel schneller als vor dem erfolgten ungeheuren Steigerung der Marktpreise für Butter und andere Volkserzeugnisse ist die Milch heute bei deren Verarbeitung ganz bedeutend höher wertvoll, als wenn sie zu den auf Grund weit zurückliegender Butternotierungen berechneten Preisen für Frischmilch als solche abgegeben wird. Es wird deshalb die Milch in immer höherem Maße verarbeitet und dadurch der Frischmilchverfertigung in so stark zunehmendem Umfange entgegen, daß der Milchwirtschaftliche Landesverband, der vertritt, die Versorgung der Städte mit Frischmilch sicherzustellen, sich gezwungen gesehen hat, für die Milchpreisregelung neue, den jetzigen Preisverhältnissen mehr angepaßte Richtlinien aufzustellen und zu beschließen, die Milchpreise künftig allwöchentlich, und zwar für die Tage vom Sonntag bis mit Sonnabend, das erste Mal vom 16. bis mit 25. November, festzusetzen. Während aber bisher der ab Stall geltende Milchpreis ein Bestandteil der durchschnittlichen Butternotierungen betrug, soll er in Zukunft an ein Stiel des Durchschnittes der dem Berechnungsstadium (Donnerstag) vorausgehenden zwei letzten Butternotierungen festgesetzt werden. Diese Veränderung der Richtlinien für die Milchpreisfestsetzung wird allerdings zur Folge haben, daß der Milchpreis vom 16. November an eine leider notwendige ungewöhnliche Steigerung erfährt, denn heute beträgt er weniger als ein Zwanzigstel des Buttererzeugerpreises, ein Verhältnis, das inhaltlich im letzten Endes dazu führen muß, daß für die Frischmilchverfertigung schließlich überhaupt keine Milch mehr zur Verfügung gestellt wird.

Der Milchpreis ab 16. November. Die Bezirksstelle Ostfachs der Landespreisprüfungsstelle gibt bekannt: Der Milchwirtschaftliche Landesverband hat für die Zeit vom 16. bis mit 27. ds. Mts. den Großhandelspreis für Vollmilch ab Stall des Erzeugers auf 100 Mark pro Liter erhöht. Entsprechend der bisherigen Gewöhnlichkeit soll der Erzeuger bei Kleinverkauf der Vollmilch auch weiterhin bis zu 15 Prozent Zuschlag fordern dürfen. Somit darf ein Liter Vollmilch bei Abgabe vom Erzeuger an den Verbraucher höchstens 115 Mark kosten. Es ist zu erwarten, daß diese Preise in allen Gemeinden auch eingehalten werden. Wenngleich die Landespreisprüfungsstelle bei dieser Preisfestsetzung nicht mitgewirkt hat, wird sie doch alle eingehenden Anfragen wegen höherer Preisforderung oder Gewährung von Ermäßigungen, eventuell eine Anzeige bei der nächsten Polizeidirektion erstatten.

Gegen die Milchverwertung. Im Wirtschaftsministerium sind p. B. Erwägungen darüber, ob für Frischmilch ein Höchstpreis für Sachsen festgesetzt werden soll. Die Beratungen sind noch nicht abgeschlossen. Daneben versucht das Wirtschaftsministerium gegen die ungeheure Milchverwertung auch noch mit anderen Mitteln vorzugehen. So hat es mit dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft um alsbaldigen Erlass von Bestimmungen über die Konzeptionierung der Bandmolkereien ersucht. Während des letzten Jahres sind in Sachsen eine Anzahl neuer Molkereien gegründet worden, deren Zahl in keinem Verhältnis zu der wirklichen Milchherzeugung Sachsen steht. Diese Neugründung von Molkereien trägt zur dazu bei, die Frischmilchlieferung nach den Beharfordern in verringern und zu verzerrern. Die jetzt geltenden Be-

stimmungen des Reiches zur Sicherung der Frischmilchverfertigung können die schädlichen Folgen des Ueberhandnehmens der Bandmolkereien nicht beseitigen. Auch in anderen Bundesstaaten haben sich infolge der Lage des Buttermarktes ähnliche Molkereimischstände herausgebildet. So kommen z. B. auch Klagen aus direkten Milchbezirken wie Ostpreußen. Das sächsische Wirtschaftsministerium ist sich bewußt, daß dem Erlass von Zwangsmaßnahmen über die Milchverfertigung für den Freistaat Sachsen nicht unerhebliche Bedenken entgegen stehen. Es wird daher von der Einsicht der Milchproduzenten abhängen, ob trotzdem ein Höchstpreis für Sachsen festgesetzt werden muß. Selbstverständlich würde dann auch gleichzeitig ein Höchstpreis für Butter festgesetzt werden. Zu bedauern ist, daß das Reich von sich aus nicht schon längst zu einer Höchstpreisfestsetzung für Milch und Milcherezeugnisse für das ganze Reich gekommen ist. Jedenfalls wird sich die Reichsregierung bewußt sein müssen, daß sie der unerhörten Milchverwertung mit größerer Energie als bisher entgegen arbeiten muß, wenn Leben und Gesundheit der Bevölkerung und Kranken nicht aufs schwerste gefährdet werden sollen.

Das amtliche Wahlergebnis. Nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen des Landeswahlkreises sind bei der Landtagswahl insgesamt 2 537 589 gültige Stimmen abgegeben worden. Davon haben erhalten:

Deutschnationale Volkspartei	482 058
Wirtschaftspartei	5 137
Deutsche Volkspartei	474 267
Bereinigte Sozialdemokratie	1 080 249
Zentrum	22 632
Kommunisten	287 700
Deutschnationale Partei	11 338
Demokratische Partei	214 190

Es entfallen demnach, wie schon gestern mitgeteilt, insgesamt Abgeordnetenstimmen auf die Deutschnationalen 19, Deutsche Volkspartei 19, Verein. Soz. Partei 40, Kommunisten 10, Deutsch-Demokratische Partei 8. Das Verhältnis stellt sich nun wie folgt: 46 bürgerlichen Abgeordneten stehen 50 sozialdemokratische und kommunisten gegenüber. Bemerkenswert ist, so schreiben die „Leipz. Neue Post.“, daß mit dieser Neugegestaltung eine demokratisch-sozialdemokratische Mehrheit ausgearbeitet ist, da beide Parteien nur 48 Stimmen, also gerade die Hälfte, auf sich vereinen. Wie unbillig das in Sachsen bestehende, von den Reichsbestimmungen abweichende Landeswahlgesetz in dieser Reichstagsverteilung ist, ergibt sich daraus, daß die Deutsche Volkspartei, wenn sie nur 1500 Stimmen mehr erhalten hätte, dann nur 18 Sitze erhalten würde, weil die Verteilungszahl von 26 433 genau 18 mal in ihrer Gesamtstimmenzahl aufgehen würde. So aber ergab sich aus der tatsächlichen Stimmenzahl eine Abgeordnetenzahl von 17, und zur Verrechnung kamen 24 908 Reststimmen, die bei einer Reststimmeneinteilung von 13 998 einen weiteren Sitz und einen nochmaligen Rest von über 1100 Stimmen ergab, der nach den Bestimmungen als größte vorhandene Restziffer mit einem weiteren Mandat belohnt wurde. Es ergibt sich also das Kuriosum, daß die Deutsche Volkspartei mit ihrer Wählerziffer 19 Sitze erreicht hat, während sie bei einer um 1500 höheren Ziffer nur 18 bekommen hätte!

Bühnenkutschenturnen. Als ein gutes Werbemittel für die Sache der Leibesübungen haben sich die Bühnenkutschenturnen der Turnerschaft erwiesen. Auch der 8. Niederelbe-Wau, dem der Turno. Rieser und der Allgemeine Tu. Rieser angehören, hielt Anfang d. J. ein solches mit gutem Erfolge in Ostfachs ab. Das für den Herbst geplante Bühnenkutschenturnen haben die beiden genannten hiesigen Vereine übernommen, die es am Sonntag, den 22. November, nachmittags 5 Uhr im Stern-Saal in Rieser abhalten. Die Vereine unterhalten Kinder-, Jugend-, Turnereinen- und Männerabteilungen und werden vorläufig, durch Darbietungen dieser Abteilungen die Beliebtheit und Zweckmäßigkeit des Turnens für beide Geschlechter einer hoffentlich recht großen Zuschauermenge vor Augen zu führen.

Fortsetzung der Personendampfschiff-fahrten. Die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrtsgesellschaft teilt mit: Vorausgesetzt, daß die Witterung mild bleibt, werden die Personendampfer auf der Sirede Dresden — Leitmeritz auch nach dem 19. d. M. noch einige Zeit im Umfange des jetzigen Fahrplans verkehren. Auf der Strecke Dresden — Rieser werden in nächster Woche noch folgende Fahrten ausgeführt: 11 Uhr vormittags von Dresden nach Rieser an den Tagen Montag, Mittwoch und Freitag und 9 35 Uhr vormittags von Rieser nach Dresden an den Tagen Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Der Kaffeepreis. Der Verbraucherpreis für gerösteten Kaffee wurde vom Verein der Kaffeegroßhändler und Kaffeehändler, 15 Hamburg, am Freitag offiziell mit 2800 bis 3150 Mark für ein halbes Kilogramm, je nach Qualität, notiert. Zollkurzeit für 1/2 Kilogramm 914 Mark. Demnach kostet eine Bohne (1 Pfund enthält rund 4500 Bohnen) bei genauer Nachzahlung 70 bis 80 Pfennig.

Auf dem staatlichen Kraftwerke Ditzsch wurde, wie bereits gemeldet, nach Verwendung des milden Streiks gestern die Arbeit wieder aufgenommen. Die Forderungen der Streikführer wurden in Uebereinstimmung mit den Vertretern der Belegschaft und der gewerkschaftlichen Organisationen nicht bewilligt. Der „Sächs. Staatsan.“ zufolge haben die Arbeiter den Aus-

fall der Streiktage selbst zu tragen und erhalten künftig die schon früher tariflich vereinbarten Löhne. Die Arbeiter, die durch Beeinträchtigung zum Streik gegen das Staatsinteresse und das Gesamtinteresse der Arbeiterschaft verstoßen haben, werden nicht wieder einstellt. Durch den Streik ist der sächsische Volkswirtschaft und damit auch der Arbeiterschaft ein Schaden von vielen Millionen entstanden.

Die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Um die das Reichsarbeitsministerium im Benehmen mit den übrigen beteiligten Stellen seit längerer Zeit bemüht war, wird die Vollziehung des Reichsrats am 16. November 1922 befristet. Es ist, wie W.F.B. aus Berlin meldet, mit einer namhaften Steigerung der Unterhaltungsätze für die Erwerbslosen, insbesondere für die Familienväter zu rechnen, die voraussichtlich bereits am 20. November in Wirksamkeit tritt.

Rotgemeinschaft wie im Reich auch in Sachsen. Zur Durchführung der „Deutschen Rotgemeinschaft“ in Sachsen wird ein Landesausschuß gebildet werden. Das Hilfswerk der Deutschen Rotgemeinschaft wird getragen von den großen Organisationen des Wirtschaftslebens (Arbeitnehmer und Arbeitgeber). Sie werden in erster Linie auch in dem Landesausschuß führend vertreten sein. Wegen der unerlässlichen amtlichen Förderung des freien Hilfswerks wird das Ministerium des Innern sofort nach Bildung des Landesausschusses ein Schreiben an die Gemeinden und staatlichen Verwaltungsbehörden richten.

Die Monatskartenpreise werden mit Wirkung vom 1. Dezember 1922 ab nach 18 (14) Fahrten berechnet, wobei der abgerundete einfache Fahrpreis zugrundegelegt wird. Für Schüler-Monatskarten und Wochenkarten verbleibt es bei dem bisherigen Grundlohn, demzufolge die Schülermonatskarten zur Hälfte, die Wochenkarten um 4 Teile des Monatskartenpreises unter ordnungsmäßiger Anfrundung berechnet werden. Von demselben Tage ab werden als Mindestfahrpreis für Einzelkarten und Zeitkarten die Sätze erhoben, die sich nach der Entfernung von 11 km ergeben.

Die Preise für Weihnachtsbäume. Wie aus Halle gemeldet wird, sind dort die ersten Weihnachtsbäume eingetroffen. Die Preise für die Bäume liegen aber so hoch sein — der billigste Baum kostete 500 bis 1000 Mark —, daß wohl in den meisten deutschen Familien das Weihnachtsfest ohne Weihnachtsbaum gefeiert werden wird.

Entdecker Schuchmacher. Wie die sächsische Landespreisprüfungsstelle mitteilt, erfuhr die Bezirksstelle Ostfachs der Landespreisprüfungsstelle, daß die Landesstelle für Textilhandelsverfertigung im Januar d. J. 500 Paar gebrauchter englischer Militärstiefel für 42 Mark je Paar an einen Händler verkauft hatte, der sie für 50 Mark an einen anderen Händler weitergab. Dieser hatte außerdem 3000 Paar anderweit mit 62,55 Mark je Paar gekauft. Er verkaufte 3000 Paar zu 70 Mark an einen Darlehnskassenverein und 2007 Paar zu 70 Mark an einen dritten Händler, der sie mit 115 Mark je Paar an einen vierten abgab. Dieser brachte sie endlich zu 140 bis 180 Mark je Paar an Einzelverbraucher und Betriebe. In einem anderen Falle hatte ein Schieber 10 000 Paar getragene Militärstiefel zu rund 60 Mark je Paar eingekauft, die dann von einem Abnehmer zu 140 Mark je Paar an die Verbraucher abgegeben wurden. Die sächsische Landespreisprüfungsstelle hat beide Fälle an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet.

Herbstwändererversammlung des Kreises Dresden im Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verein. Der Vorstand des Kreises Dresden im Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verein hatte die Vertreter der einzelnen Ortsgruppen des Kreises für den 11. und 12. November zu einer Arbeitsstagung nach der alten Bergstadt Freiberg eingeladen. Am Sonntag, den 12. November, vormittags 10 Uhr, eröffnete der Kreisvorsitzer, Herr Geschäftsführer Heralt, Dresden, die Herbstwändererversammlung. Aus dem Bericht des Kreisvorstandes war zu ersehen, daß die Kämpfe um den Abschluß der Tarifverträge immer schärfer geworden sind. Von 102 abgeschlossenen Tarifverträgen sind nur 25 in freier Vereinbarung getätigt worden, während alle anderen vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt werden mußten. Auf Vorschlag des Vorstandes wurde als Tagungsort für den nächsten Kreiswänderertag Goswig und für den Kreisstag Großenhain festgelegt. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, daß im nächsten Jahre in Süddeutschland ein Reichsjugendtag stattfinden soll. Hieraus sprach Herr Schmidt, Dresden, über das Thema: „Arbeitsnachweisesch und Erwerbslosenversicherung“. Ueber das Thema: „Unsere Stellung zu der Frage des Wiederbeschäftigungspreises“ sprach Herr Kreisvorsitzer Arno Heralt, Dresden. Die nachfolgende Entschließung zeigt die Stellungnahme des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Vereins zu den großen Tagesfragen: „Die heute in Freiberg im Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen aus allen Ortsgruppen des Kreises Dresden haben sich einigend mit der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage beschäftigt. Als Ursachen der herauskommenden Krise, die zu den schwersten Erschütterungen unseres wirtschaftlichen und wirtsch. Lebens führen wird, erkennen sie 1. den Versaillesvertrag mit allen seinen Nachträgen; 2. das Vorgehen weiter Industrie- und Handelskreise, zur Restruktions-